

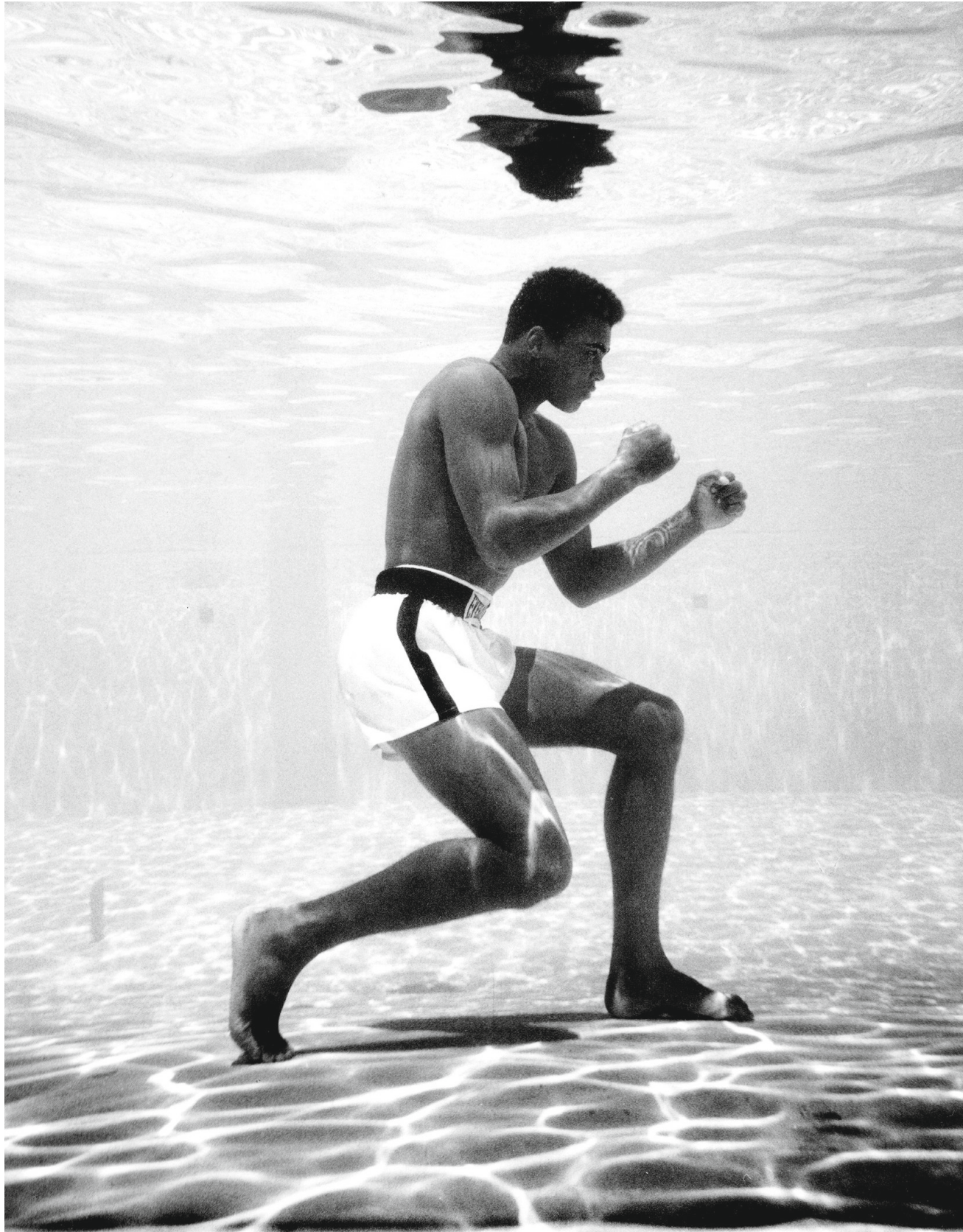
Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

NZZ **Folio**
DIE MEINUNG

Montag, 4. Juni 2018 · Nr. 126 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 6.00 · €6.00



FLIP SCHULKE ARCHIVES

Die tänzelnde Ikone

Die Leichtfüssigkeit und die schnellen Geraden von Muhammad Ali sind legendär. Beides trainierte er 1961 in Miami auch unter Wasser, obwohl er noch nicht schwimmen konnte. Aus ärmlichen Verhältnissen hatte er sich nach oben geboxt. Er wurde zum Idol, gerade weil er eigenwillige Wege ging. Eine neue Biografie und eine Fotoausstellung in Zürich zeichnen das Leben des Boxers nach. *Feuilleton, Seite 29*

Chinas Aufstieg fordert Bern heraus

Schweiz muss eine Antwort auf die wirtschaftliche Expansion der Volksrepublik finden

cn. · Der französische Staatschef Emmanuel Macron war Anfang Jahr zu Besuch in Peking, Österreich entsandte darauf gleich das halbe Kabinett ins Reich der Mitte, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel folgte im Mai. Auch die Schweizer Regierung markiert in Peking Präsenz. Die Eidgenossenschaft war zudem 2016 das erste kontinentaleuropäische Land, das ein Freihandelsabkommen mit China schloss. Sie geniesst im Reich der Mitte einen ausgezeichneten Ruf.

Die Beziehungen mit China definiert jedoch jeder Bundesrat im Rahmen sei-

ner Zuständigkeit selbst. Und eine öffentliche Debatte über die Folgen der chinesischen Wirtschaftsexpansion findet hierzulande kaum statt. Die Diskussionen über Übernahmen von Schweizer Konzernen durch chinesische Staatsunternehmen oder die Folgen des gigantischen Infrastrukturprojekts «neue Seidenstrasse» laufen erst an. Als die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, Elisabeth Schneider-Schneiter, vorschlug, im Rahmen einer geplanten China-Reise einen Abstecher nach Kasachstan zu machen,

das an dieser Handelsachse liegt, musste sie sich rechtfertigen.

Für China-Kenner ist klar, dass die Schweiz eine China-Strategie braucht – und zwar eine einheitliche. Der China-Experte Ruedi Nützi fordert eine Task-Force auf Bundesebene, Thomas Wagner, der Präsident der Gesellschaft Schweiz-China, eine einheitliche Anlaufstelle. «In der Schweiz pflegt jeder nur sein eigenes Gärtchen», sagt er. «Wir sollten jedoch vermehrt strategisch denken und übergeordnete Ziele gemeinsam definieren.»

Schweiz, Seite 11

Trump allein gegen Freund und Feind

US-Protektionismus belastet die Weltwirtschaft

Die Zolldrohungen der USA verfehlen das Ziel, China und andere Handelspartner zum Einlenken zu bringen. Der internationale Widerstand wächst.

MARTIN LANZ, WASHINGTON

Der Regierung Donald Trumps sind auf der Weltbühne am Wochenende die Grenzen der aggressiven «Amerika zuerst»-Politik aufgezeigt worden. China hat in Verhandlungen mit US-Handelsminister Wilbur Ross deutlich gemacht, dass es sich von vergangene Woche vom Weissen Haus angekündigten Zöllen auf chinesische Produkte mit einem Handelswert von 50 Milliarden Dollar nicht erweichen lässt. Zwar war nach der vierten Runde der chinesisch-amerikanischen Gespräche über das Ungleichgewicht im bilateralen Handelsverhältnis von «konkreten Fortschritten» die Rede. China drohte aber gleichzeitig, dass die neuen US-Zölle zum Abbruch des Handelsdialogs führen könnten.

Zähe Verhandlungen

Die USA wollen bis am 15. Juni eine definitive Liste chinesischer Güter veröffentlichen, die mit Zöllen von 25 Prozent belegt werden sollen. Diese sollen die Volksrepublik zu einer Abkehr von ihrer Industriepolitik und einem faireren Umgang mit amerikanischen Firmen und geistigem Eigentum bewegen.

China gibt sich zwar gesprächsbereit und versucht Washington mit neuen Versprechungen, künftig mehr Landwirtschaftsgüter und Energieträger aus den USA zu importieren, zu besänftigen. Wenn das amerikanische Handelsbilanzdefizit dank Mehrlieferungen nach China in diesen zwei Bereichen spürbar sinkt, würden die USA vielleicht auf neue Handels- und Investitionsbarrieren verzichten, hofft die chinesische Seite. Die Gespräche in Peking an diesem Wochenende drehen sich denn auch um mögliche Abmachungen für den Kauf von amerikanischem Flüssigerdgas und Ähnlichem.

Trumps Strategie, mit seinen Zolldrohungen namhafte Zugeständnisse von Handelspartnern zu erwirken, scheint gegenüber China ebenso wenig zu funktionieren, wie sie das gegenüber Europa und den Nafta-Partnern Kanada und Mexiko getan hat. Washington hatte diese drei engen Wirtschaftspartner und sicherheitspolitisch Alliierten von den US-Zöllen auf Stahl (25 Prozent) und auf Aluminium (10 Prozent), die gegenüber China und dem Grossteil des Rests der Welt bereits am 23. März in Kraft gesetzt wurden, zunächst ausgenommen. Am Donnerstag hob es diese Ausnahmebestimmung auf. Die Europäische Union, Mexiko und Kanada hatten dem Druck der USA nicht nachgegeben, sehen sich nun aber seit Freitag mit den neuen Zöllen konfrontiert. Alle drei kündigten bereits am Freitag ebenbürtige Vergeltungsmassnahmen an. Am Samstag doppelten sie auf höchster finanzdiplomatischer Ebene im Rahmen der G-7 nach und verurteilten die protektionistische US-Politik mit scharfen Worten.

Zwar hat die G-7 – die Gruppe der wichtigsten Industrienationen: die USA, Kanada, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien – ihre Rolle als weltwirtschaftliches Steuerungsgremium seit der Finanzkrise an die G-20 abgetreten, der auch die grössten Schwellenländer angehören. Bedeutungslos geworden ist sie deshalb aber nicht, und es ist bemerkenswert, wenn sich ein so tiefer Graben wie jetzt durch das in Wirtschaftsfragen normalerweise geeinte auftretende Gremium zieht. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire hat denn auch die G-7 am Wochenende aufgrund der zunehmenden Differenzen mit den USA als «G-6 plus 1» bezeichnet.

An einem Vorbereitungstreffen von Finanzministern und Zentralbankchefs für den am Freitag in Charlevoix/Quebec beginnenden G-7-Gipfel kam es deshalb zu einer ungewöhnlichen Erklärung. An dem Treffen sei Sorge geäussert worden, dass die von den USA gegen ihre Freunde und Alliierten verhängten und mit sicherheitspolitischen Argumenten begründeten Zölle den Handel und das Vertrauen in die Weltwirtschaft untergraben, hiess es. Die Vertreter Kanadas, Japans, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Grossbritanniens forderten den amerikanischen Finanzminister auf, in Washington diese einhelligen Bedenken und die Enttäuschung über das US-Vorgehen zu kommunizieren.

Erklat in der G-7

Die Erklärung hielt weiter fest, dass die Minister und die Zentralbankchefs über die Vorteile eines offenen, regelbasierten Handelssystems diskutiert hätten und dass viele die negativen Auswirkungen der unilateralen US-Massnahmen betonten. Man sei übereingekommen, die Diskussion am Treffen der G-7-Staatspräsidenten, zu dem auch der amerikanische Präsident Donald Trump erwartet wird, fortzuführen. Am Gipfel sei entschlossenes Handeln gefragt. Das Ziel müsse sein, kooperative Partnerschaften wiederherzustellen, um den freien, fairen, berechenbaren und gegenseitig zuträglichen Handel zu fördern.

Der amerikanische Finanzminister Steven Mnuchin sagte nach dem Treffen, er habe die Botschaft an Trump bereits übermittelt. Mnuchin behauptete, die USA gäben ihre Führungsrolle in der Weltwirtschaft nicht auf. Im Gegenteil, erklärte er etwas hilflos, die USA setzten eine massive Steuerreform um, welche sich rundum positiv auswirke. Aus dem Weissen Haus kamen derweil trotzige Worte. Präsident Trump twitterte am Samstag, die USA seien endlich fair zu behandeln. Wenn die Vereinigten Staaten null Zölle verlangten, Partnerländer aber 25, 50 oder gar 100 Prozent, sei das unfair und nicht länger hinnehmbar. Das sei nicht freier oder fairer Handel, sondern dummer Handel. Er wiederholte auch seine Behauptung, dass die USA in einem Handelskrieg nichts zu verlieren hätten, «weil Amerika jährlich eh schon 800 Milliarden Dollar verliert». Die USA seien jahrelang von anderen Ländern über den Tisch gezogen worden, es sei Zeit, klug zu werden.